

aus unserem Archiv vom 09. Januar 2008

Bitburg: Kein Wohnen auf dem Flugplatz

Wer sich auf dem Gelände des Bitburger Flugplatzes häuslich einrichten möchte, hat die Rechnung ohne die Behörden gemacht. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Koblenz hat das sogenannte Dauerwohnen dort verboten.

(mr) Die Bebauungspläne des Zweckverbands Flugplatz Bitburg schließen das Dauerwohnen im Gewerbe-, Dienstleistungs- und Freizeitzentrum grundsätzlich aus. Ausnahmsweise können nur Wohnungen für Betriebsinhaber und Bereitschaftspersonal zugelassen werden.

Gegen diese Festsetzungen der Bebauungspläne hatte ein Eigentümer auf dem Flugplatz eine Klage beim Oberverwaltungsgericht in Koblenz erhoben und die Genehmigung von Wohnnutzungen beantragt.

Das OVG hat in dem Normenkontrollverfahren nun festgestellt, dass die Planung des Zweckverbands rechtmäßig ist und damit Wohnungen nicht genehmigt werden können.

Verwaltungsleiter Helmut Berscheid bezeichnete die Feststellungen des Gerichts als „Bestätigung einer grundlegenden Planungsentscheidung, die vom Zweckverband bereits zu Beginn des Konversionsprozesses getroffen“ worden sei. Die Gremien seien von Anfang an der Meinung gewesen, dass auf dem Flugplatzgelände kein dauerhaftes Wohnen zugelassen werden solle.

© volksfreund.de | Alle Rechte vorbehalten

aus unserem Archiv vom 16. Juni 2008

Kreistag lehnt Austritt aus Flugplatz GmbH ab

Der Kreistag Bitburg-Prüm hat den Antrag der SPD-Fraktion auf Austritt aus der Flugplatz Bitburg GmbH abgelehnt. Zuvor hatte Fraktionschef Bernd Spindler vom "Millionengrab", "Bruchlandung" und Wortbruch gesprochen.

GmbH-Chef Michael Billen (CDU) wies die Vorwürfe zurück. Er erwarte eine gerichtsfeste Entscheidung in Kürze.

© volksfreund.de | Alle Rechte vorbehalten

aus unserem Archiv vom 17. Juni 2008

Kreise steigen aus Flugplatz Bitburg GmbH aus

Ausstieg mit Option auf Wiedereinstieg - so lautet in Kurzform die Entscheidung des Kreistags Trier-Saarburg zur Frage der Beteiligung des Kreises an der Flugplatz Bitburg GmbH.

Die SPD-Fraktion im Landkreis Trier-Saarburg hatte beantragt, ohne Wenn und Aber zu kündigen. Die Grünen stimmten dafür, die Kreistagsmehrheit von CDU, FWG und FDP will sich jedoch ein Hintertürchen offen halten. Wenn bis zum Jahresende die schon lange erwartete Flugbetriebsgenehmigung komme, so lautet der Beschluss, werde der Kreis die Kündigung rückgängig machen und neu verhandeln - dann aber mit dem Ziel einer geringeren finanziellen Beteiligung als bisher.

Mit großer Mehrheit sprach sich auch der Kreistag Bernkastel-Wittlich in seiner jüngsten Sitzung dafür aus, die Mitgliedschaft des Landkreises in der Flugplatz GmbH zum Jahresende zu kündigen. Der Ausstieg aus der GmbH wird laut Beschluss des Kreistags rückgängig gemacht, wenn bis Ende des Jahres die sogenannte große Fluggenehmigung für den Flugbetrieb mit Maschinen mit einem Abfluggewicht von mehr als 14 Tonnen erteilt wird. Dem von FDP und CDU gemeinsam eingebrachten Antrag folgend, ist ein weiteres Engagement in Bitburg an eine Bedingung geknüpft. So muss nach Willen des Kreistags mit der GmbH über die vom Landkreis Bernkastel-Wittlich jährlich zu zahlende Verlustabdeckung verhandelt werden. Bereits im vergangenen Jahr hatte der Landkreis seine Mitgliedschaft in der GmbH gekündigt. Diese Kündigung war rückgängig gemacht worden, nachdem die GmbH eine Forderung des Landkreises Bernkastel-Wittlich erfüllt hatte. Die Anträge der SPD auf den sofortigen Ausstieg aus der GmbH und der FWG auf einen schrittweisen Ausstieg bis Ende 2013 fanden keine Mehrheiten.

Der GmbH gehören neben Landkreisen und der Stadt Bitburg auch IHK und HWK Trier an. Gemeinsames Ziel ist, auf dem Gelände der ehemaligen US-Air-Base einen Industrieflughafen zu verwirklichen.

Der Kreistag Bitburg-Prüm hatte am Montag den Antrag der SPD-Fraktion auf Austritt aus der Flugplatz Bitburg GmbH abgelehnt. Zuvor hatte Fraktionschef Bernd Spindler vom "Millionengrab", "Bruchlandung" und Wortbruch gesprochen.

aus unserem Archiv vom 30. Juni 2008

Flug-Genehmigung frühestens Mitte Juli

Drei Gesellschafter der Flugplatz-GmbH haben ihre Mitgliedschaft gekündigt, da die Instrumenten-Fluggenehmigung immer noch nicht vorliegt. Nach Auskunft des Mainzer Ministeriums ist "mit der Betriebs-Genehmigung innerhalb der nächsten Wochen, voraussichtlich aber nicht vor Mitte Juli" zu rechnen.



Der Flugplatz Bitburg
Foto: Archiv/Rudolf Höser

„Mitte Juli soll sich entscheiden, ob der Flugplatz Bitburg eine Start- und Landegenehmigung für größere Flugzeuge erhält“, meldete das SWR-Radio gestern Morgen. „Keine Ahnung, woher die diese Info haben“, sagt Michael Billen, Aufsichtsrats-Vorsitzender der Flugplatz Bitburg GmbH, die den Bitburger Flugplatz zum Industrie- und Frachtflughafen ausbauen will.

Zuletzt hatte die GmbH im April umfangreiche Unterlagen vorgelegt, die nach Auskunft des Mainzer Ministeriums derzeit von der „Fachgruppe Flugverkehr“ des Landesbetriebs Mobilität (LBM) ausgewertet werden. Dabei geht's um die Prüfung naturschutzfachlicher, raumordnerischer, landesplanerischer und wasserrechtlicher Belange.

„In diesem Zusammenhang haben den LBM auch zahlreiche Schreiben privater Anwohner der umliegenden Gemeinden erreicht, in denen weitergehende, naturschutzrechtliche Prüfungen gefordert werden“, sagt Beate Schrader, Pressereferentin des rheinland-pfälzischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau auf TV-Anfrage. Vor allem in Scharfbillig, Gondorf und Hüttingen hatte sich gegen die Flugplatz-Pläne bereits Ende 2007 Widerstand geregt (der TV berichtete).

„Damit der Schutz der Anwohner vor Fluglärm gewährleistet ist, finden gegenwärtig interne Abstimmungsprozesse hinsichtlich einer möglichen Nachtflug-Regelung statt“, sagt Pressereferentin Schrader, die auf die Notwendigkeit „gewissenhaften und gerichtsfesten Prüfungen“ verweist. Die GmbH strebt 180 Nachtflüge im Jahr an. „Nach derzeitigem Stand ist davon auszugehen, dass mit einer Erteilung der Betriebs-Genehmigung innerhalb der nächsten Wochen, voraussichtlich aber nicht vor Mitte Juli gerechnet werden kann“, sagt Schrader.

Die Kreise Trier-Saarburg, Bernkastel-Wittlich und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Daun ziehen ihre GmbH-Mitgliedschafts-Kündigung nur zurück, falls die Genehmigung noch dieses Jahr kommt. Billen: „Klar hätte ich mir gewünscht, dass sie bereits vorliegt. Aber Rechtssicherheit ist mir wichtig und braucht eben Zeit.“

aus unserem Archiv vom 08. Juli 2008

Flugplatz Bitburg: Jetzt sind sich sogar die Gegner uneins

Das Gerangel um die fliegerische Nutzung des Bitburger Flugplatzes reißt nicht ab. Nun fordern die Grünen von der SPD, dass diese Einfluss auf die SPD-Landesregierung nimmt, um die bereits zugesagte finanzielle Unterstützung für den Ausbau der Flugplatz-Infrastruktur zu verhindern.

„Der Kreisverband der SPD engagiert sich gegen die fliegerische Nutzung des Verkehrslandesplatzes Bitburg. Dieses Bestreben wird jedoch durch die Finanzausage der Landesregierung torpediert“, schreibt Rosi Biber vom Kreisverband der Grünen an SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Monika Fink. Die Grünen fordern die Kreis-SPD auf, ihr „Nein“ zur großen Fliegerei auch in der SPD-Landesregierung durchzusetzen.

Der Grund: Die Flugplatz-GmbH vertraut beim Bestreben den Bitburger Flugplatz zum Industrie- und Frachtflughafen auszubauen, auf von Mainz zugesagte Finanzhilfen. „Ohne die Landes-Gelder wird es keinen Instrumentenflug in Bitburg geben“, schreibt Rosi Biber und Grünen-Kreisvorsitzende Ulrike Höfken (MdB) ergänzt: „Nachdem Trier-Saarburg, Bernkastel-Wittlich und die Vulkaneifel ihre Mitgliedschaft in der GmbH gekündigt haben, beziehungsweise an Bedingungen geknüpft haben, bleibt der Eifelkreis Bitburg-Prüm auf den Kosten in Millionenhöhe sitzen. Deshalb muss die SPD im Kreis jetzt tätig werden, um glaubwürdig zu sein.“

Die Befürchtung der Grünen: „Sollte die Landesregierung mit der Instrumentenflug-Genehmigung die versprochenen Gelder bewilligen, gehen diese erstmal für Investitionen drauf. Die langfristig laufenden Kosten wird das Land aber bei bereits zwei verschuldeten Flugplätzen Zweibrücken und Hahn nicht übernehmen. Auch der verschuldete Eifelkreis kann dieses Luxusprojekt nicht tragen.“ Die Grünen fordern, das Geld aus Mainz für die Suche und Umsetzung von Alternativen zur fliegerischen Nutzung einzusetzen, um „Arbeitsplätze zu schaffen, die nicht von Subventionen abhängig sind“.

„Die Grünen schmeißen alles in einen Topf und verwechseln da etwas“, sagt dazu SPD-Kreisvorsitzende Monika Fink. Die Zusage des Landes über eine Finanzspritze von rund 2,5 Millionen Euro für den Ausbau der Infrastruktur des Bitburger Flugplatzes stamme aus dem Jahr 2000 und daran halte sich nun auch die SPD-Landesregierung. Ein Teil dieses Geldes sei ohnehin bereits in die Sanierung des Towers geflossen. Fink: „Wir leben in einem Rechtsstaat. Wenn die GmbH die Voraussetzungen für eine Instrumentenflug-Genehmigung erfüllt, hat sie auch das Recht darauf, diese zu bekommen. Das ist keine politische Entscheidung.“ Davon unbenommen sei, dass die Kreis-SPD und wie auch die SPD in der gesamten Region gegen die fliegerische Nutzung sei.

aus unserem Archiv vom 08. Juli 2008

Flugplatz Bitburg: Jetzt sind sich sogar die Gegner uneins

Das Gerangel um die fliegerische Nutzung des Bitburger Flugplatzes reißt nicht ab. Nun fordern die Grünen von der SPD, dass diese Einfluss auf die SPD-Landesregierung nimmt, um die bereits zugesagte finanzielle Unterstützung für den Ausbau der Flugplatz-Infrastruktur zu verhindern.

„Der Kreisverband der SPD engagiert sich gegen die fliegerische Nutzung des Verkehrslandesplatzes Bitburg. Dieses Bestreben wird jedoch durch die Finanzausage der Landesregierung torpediert“, schreibt Rosi Biber vom Kreisverband der Grünen an SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Monika Fink. Die Grünen fordern die Kreis-SPD auf, ihr „Nein“ zur großen Fliegerei auch in der SPD-Landesregierung durchzusetzen.

Der Grund: Die Flugplatz-GmbH vertraut beim Bestreben den Bitburger Flugplatz zum Industrie- und Frachtflughafen auszubauen, auf von Mainz zugesagte Finanzhilfen. „Ohne die Landes-Gelder wird es keinen Instrumentenflug in Bitburg geben“, schreibt Rosi Biber und Grünen-Kreisvorsitzende Ulrike Höfken (MdB) ergänzt: „Nachdem Trier-Saarburg, Bernkastel-Wittlich und die Vulkaneifel ihre Mitgliedschaft in der GmbH gekündigt haben, beziehungsweise an Bedingungen geknüpft haben, bleibt der Eifelkreis Bitburg-Prüm auf den Kosten in Millionenhöhe sitzen. Deshalb muss die SPD im Kreis jetzt tätig werden, um glaubwürdig zu sein.“

Die Befürchtung der Grünen: „Sollte die Landesregierung mit der Instrumentenflug-Genehmigung die versprochenen Gelder bewilligen, gehen diese erstmal für Investitionen drauf. Die langfristig laufenden Kosten wird das Land aber bei bereits zwei verschuldeten Flugplätzen Zweibrücken und Hahn nicht übernehmen. Auch der verschuldete Eifelkreis kann dieses Luxusprojekt nicht tragen.“ Die Grünen fordern, das Geld aus Mainz für die Suche und Umsetzung von Alternativen zur fliegerischen Nutzung einzusetzen, um „Arbeitsplätze zu schaffen, die nicht von Subventionen abhängig sind“.

„Die Grünen schmeißen alles in einen Topf und verwechseln da etwas“, sagt dazu SPD-Kreisvorsitzende Monika Fink. Die Zusage des Landes über eine Finanzspritze von rund 2,5 Millionen Euro für den Ausbau der Infrastruktur des Bitburger Flugplatzes stamme aus dem Jahr 2000 und daran halte sich nun auch die SPD-Landesregierung. Ein Teil dieses Geldes sei ohnehin bereits in die Sanierung des Towers geflossen. Fink: „Wir leben in einem Rechtsstaat. Wenn die GmbH die Voraussetzungen für eine Instrumentenflug-Genehmigung erfüllt, hat sie auch das Recht darauf, diese zu bekommen. Das ist keine politische Entscheidung.“ Davon unbenommen sei, dass die Kreis-SPD und wie auch die SPD in der gesamten Region gegen die fliegerische Nutzung sei.

aus unserem Archiv vom 24. Juli 2008

Erbitterter Kampf um den Bitburger Flugplatz

Von unserem Redaktionsmitglied Christian Kremer

Hoch hinaus will die Flugplatz Bitburg GmbH mit ihren Plänen zum Instrumentenflug. Ein wichtiger Punkt im aktuellen Genehmigungsverfahren ist die Frage nach dem Fluglärm. Daran scheiden sich die Geister der Bitburger Interessengruppen.



Der Flugplatz Bitburg
Foto: Archiv/Rudolf Höser

Der Konflikt um die Instrumentenfluggenehmigung und eine eventuelle Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für den Bitburger Flugplatz dreht sich in erster Linie um Fluglärm. Und Lärm ist eine häufige Krankheits- und Stressursache. Die Ingenieurgesellschaft für Immissionsschutz, Schalltechnik und Umweltberatung (Isu) hat deshalb im Auftrag der Bitburg Flugplatz GmbH für das Genehmigungsverfahren eine Lärmprognose für den erweiterten Flugplatzbetrieb erstellt.

Das Fazit der Studie ist, dass „mit dem geplanten Flugbetrieb der Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor erheblichen Nachteilen und Belästigungen sichergestellt ist.“ Die Studie geht zwar von mehr Lärm aus, aber die prognostizierten Werte liegen alle unter den gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerten (siehe Extra). Michael Billen (CDU), Mitglied des Landtags und Aufsichtsratsvorsitzender, hält dieses Ergebnis für realistisch. Ganz ohne Lärm gehe es schließlich nicht, sagt Billen.

Das Positivszenario mit möglichst viel Verkehr geht von 34.124 Flugbewegungen im Jahr aus. 32.300 davon sind auf Propellermaschinen unter 5,7 Tonnen und Helikopter zurückzuführen, die ohnehin per Sichtflug in Bitburg starten und landen dürfen. Die Flugplatzbetreiber erwarten aber auch 1824 An- und Abflüge von Flugzeugen, die auf die Instrumentenfluggenehmigung angewiesen sind. Dazu gehören große und laute Propellermaschinen ab 5,7 Tonnen und Düsenmaschinen ab 14 Tonnen.

Der Hauptstreitpunkt in der Diskussion um den Fluglärm ist die Frage nach den 180 Nachtflügen pro Jahr. Doch auch hier bewegt sich die Rechnung der Flugplatz GmbH im gesetzlich grünen Bereich. Die am ärgsten betroffenen Gemeinden Gondorf, Hüttingen und Scharfbilling müssen weniger als einmal pro Nacht mit einem Außenschallpegel von bis zu 86,6 Dezibel rechnen, gemessen mit einem Filter, der dem menschlichen Ohr gleicht.

Genau an diesen Werten entzündet sich die Kritik. „Wir wollen keinen Nachtflug, auch keinen Instrumentenflug, weil es dann lauter wird“, sagt Ludwig Kewes, der Vorsitzende des Vereins „Bürger gegen Nachtflug“. „Die zu erwartenden Maximalpegel in der Nacht sind so hoch, dass sie den Anwohnern den Schlaf rauben. Dann ist es egal, ob man einmal oder zehn mal in der Nacht geweckt wird.“ Kewes denkt, dass die Isu richtig gerechnet aber zu wenig schwere Maschinen mit einem Höchstabfluggewicht von mehr als 120 Tonnen einbezogen hat.

Auch die Ortsbürgermeister der betroffenen Gemeinden sind kritisch. Otto Kranz aus Scharfbilling sagt: „Wir sind

gegen jede fliegerische Nutzung, weil das eine Weiterentwicklung der Gemeinde verhindern könnte.“ Neubaugebiete lassen sich zum Beispiel aufgrund flugplatzbedingter Vorgaben schlechter vermarkten. Zudem befürchtet Kranz, dass eine 24-Stunden-Fluggenehmigung zu mehr als den prognostizierten Nachtflügen führen könnte.

Die „Bundesvereinigung gegen Fluglärm“, der Dachverband der „Bürger gegen Nachtflug“, hat sogar eine Verfassungsbeschwerde eingereicht. Der Grund: Die Fluglärmgegner sehen durch gesetzlich zu hoch angesetzte Werte ihr Recht auf ein gesundes Leben (Artikel 2 Grundgesetz) verletzt.

Extra

Bei Dauerschallpegeln durch Fluglärm von 55 dB (A) am Tag und 45 dB (A) in der Nacht sind die jeweiligen Grenzen zur erheblichen Belästigung und zum zumutbaren Lärm erreicht. Laut dem Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm sind in zwei verschiedenen Schutzzonen bei baulich erweiterten zivilen Flugplätzen wie in Bitburg Werte von 60 dB (A) und 55 dB (A) am Tag erlaubt. Die umliegenden Gemeinden sind nicht von solch hohen Pegeln betroffen. 53 dB (A) sind die Obergrenze in der Nachtschutzzone. Nachts dürfen 57 dB (A) in Gebäuden und 72 dB (A) draußen sechsmal überschritten werden. Zum Vergleich: Ein Fernseher in Zimmerlautstärke ist etwa 60 dB (A) laut, Strahlflugzeuge mit einem Höchstabfluggewicht von 120 Tonnen verursachen beim Warmlaufen am Boden etwa 126 Dezibel. PKW sind ca. 80 dB (A) laut. Lärmempfinden ist aber individuell verschieden. (cmk)

aus unserem Archiv vom 16. September 2008

Der Flugplatz wird flügge

Von unseren Redakteurinnen Dagmar Schommer und Katharina Hammermann

Nach langen Jahren des Wartens reagieren die Gesellschafter der Flugplatz Bitburg GmbH ebenso überrascht wie erfreut, als die Genehmigung für Instrumentenflug auf dem Flugplatz Bitburg plötzlich da ist. Während die Kreistage nun entscheiden müssen, wie es weitergeht, will die Handwerkskammer ihre Anteile verkaufen.

Bitburg. Jahrelang hat sie auf sich warten lassen. So lange, dass zwischenzeitlich kaum einer noch richtig daran geglaubt hat, dass sie eines Tages tatsächlich kommen würde: die sogenannte Instrumentenflug-Genehmigung für den Bitburger Flugplatz. Voraussetzung dafür, dass dort auch schwere Maschinen starten und landen können. Nun ist sie da. Am Nachmittag des 16. Septembers steht fest: In Bitburg darf im großen Stil geflogen werden. Nach zahlreichen geplatzen Ankündigungen war dies für einige GmbH-Gesellschafter eher unerwartet.

"Wir freuen uns darüber, dass diese lange Leidensgeschichte nun ein Ende hat", sagt Hans-Hermann Kocks, Geschäftsführer der Handwerkskammer (HWK) Trier. Und fügt, was für viele überraschend sein dürfte, hinzu: "Wir sehen unsere Aufgabe damit als beendet an." Die Kammer habe ihre Beteiligung in der Flugplatz-GmbH gekündigt. Es sei zwar die Aufgabe der Kammern, derartiges anzuschieben, nicht aber sich daran zu beteiligen. Es gebe bereits private Investoren, die die Anteile übernehmen wollten. "Nun beginnt ein neues Kapitel. Wir hoffen, dass die Erwartungen, die damit verbunden sind, sich auch tatsächlich erfüllen", sagt Kocks. Für GmbH-Chef Michael Billen ist der HWK-Ausstieg nicht überraschend: "Das ist ein ganz normales Vorgehen." Wie es für die Industrie- und Handelskammer weitergeht, war gestern nicht zu erfahren. Auch Bitburgs Stadt-Chef Joachim Streit war nicht zu erreichen.

Erfreut zeigen sich die Landräte der GmbH-Mitglieds-Kreise. "Das ist schön. Das bringt Klarheit", sagt Heinz Onnertz, Landrat des Vulkaneifelkreises.

Auch der Trier-Saarburger Landrat Günther Scharz ist ob der "sehr, sehr lange erwarteten Nachricht sehr erfreut."

SPD-Landtagsabgeordnete Monika Fink ist hingegen nicht überrascht: "Das war doch zu erwarten", sagt sie. Wenn alle Bedingungen erfüllt seien, dann gebe es ein Recht auf Genehmigung. "Ich verbinde damit allerdings keine großen Erwartungen", erklärt Fink. Lehnen SPD wie Grüne in der Region doch den großen Flugbetrieb ab, während sich die Liste Streit im Stadtrat Bitburg gegen die anvisierten 180 Nachtbewegungen im Jahr sträubt und auf ein Nachtflug-Verbot pocht.

Die Kreise Trier-Saarburg, Bernkastel-Wittlich und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Daun hatten Ende Juni ihre GmbH-Mitgliedschaft gekündigt und wollten zum Jahresende aussteigen, wenn die Fluggenehmigung nicht bis dahin vorläge. Nun werden die Kreistage entscheiden müssen, wie es weitergeht, sagt ein Sprecher des Kreises Bernkastel-Wittlich. Es seien noch viele Fragen zu klären - etwa ob man die vorläufige Kündigung zurückziehe und wie die zukünftige Kostenbeteiligung aussehen soll. Denn nun gilt es, die Ex-Airbase für große Flugzeuge fit zu machen.

Die nötigen Gesamt-Investitionen wurden bisher auf rund vier Millionen Euro geschätzt. Davon wurden bereits zwei Millionen Euro in den Tower investiert. Das Land hat 2,7 Millionen Euro zugesagt. **Extra Geschichte:** Der Bitburger Flugplatz misst knapp 500 Hektar. Landebahn, Tower, Rollfelder und der Rest des flugbetrieblichen Teils machen rund 200 Hektar aus. Unter französischer Führung wurde **1951** mit dem Bau begonnen. **1952** übernahmen die amerikanischen Streitkräfte das Gelände und starteten den Betrieb ihrer Airbase. **1994** gab die US-Airforce das Areal an die Bundesrepublik zurück. Der Abzug der rund 9000 US-Soldaten bedeutete einen Kaufkraftverlust von 100 Millionen Euro jährlich und 620 zivile Arbeitsplätze weniger. Das ist mehr als kompensiert: Heute gibt's rund 160 Betriebe mit 1500 Beschäftigten dort. Bereits **1994** beantragte die Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft Flugplatz Bitburg mbH (EBFB) Sicht- und Instrumentenflug. Seit **2003** wird nach Sichtflug geflogen. **2005** musste wegen geänderter Rechtsbedingungen der Instrumentenflug neu beantragt werden. Mit dem Ausbau zum Industrie- und Frachtflughafen will die Flugplatz-GmbH für weiteren wirtschaftlichen Aufschwung sorgen. Die Genehmigung liegt vom 6. bis 20. Oktober aus. Es kann Widerspruch erhoben werden, dieser hat aber keine aufschiebende Wirkung.

(lars/scho)**Hintergrund Die Flugplatz Bitburg GmbH:** An der 2002 gegründeten Flugplatz Bitburg GmbH sind zu 74 Prozent öffentliche Gesellschafter beteiligt. Den Rest hält die 1994 gegründete Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft Flugplatz mbH (EBFB) als so genannte stille Gesellschafterin. An der EBFB (Stammeinlage: 133 000 Euro) sind drei große Unternehmen der Region sowie der Flugsportverein Bitburg beteiligt. Die öffentlichen Gesellschafter: **Eifelkreis Bitburg-Prüm** (knapp 38 Prozent; Stammeinlage: 144 000 Euro); **Kreis Trier-Saarburg** (knapp 19 Prozent; 72 000 Euro); **Stadt Bitburg** (gut 16 Prozent; 62 000 Euro); **Kreis Bernkastel-Wittlich** (knapp elf Prozent; 41 000 Euro); **Wirtschaftsförderungsgesellschaft Daun-Vulkaneifel mbH** (knapp elf Prozent; 41 000 Euro), **Industrie- und Handelskammer Trier** (rund 2,5 Prozent; 10 000 Euro); **Handwerkskammer Trier** (rund 2,5 Prozent; 10 000 Euro). GmbH-Geschäftsführer ist Helmut Berscheid, Aufsichtsratsvorsitzender ist Michael Billen. (scho)

aus unserem Archiv vom 17. September 2008

Instrumentenflug-Genehmigung: Das sagen die Bundestagsabgeordneten

Nun dürfen auch große Flugzeuge in Bitburg starten und landen. Für Stadt und Kreis ist das die wichtigste Nachricht des Jahres. Der TV hat Reaktionen gesammelt und weitere Dokumente zum Thema sowie Archivartikel zusammengetragen.



„Dass nun die Instrumentenflug-Genehmigung erteilt worden ist, begrüße ich sehr!“, sagt Bundestagsabgeordneter **Bernhard Kaster (CDU)**. Hierzu hätten zahlreiche Gespräche und Initiativen stattgefunden. Jetzt müsse die Chance ergriffen werden, Flughafen bezogene Ansiedlungen auf den Weg zu bringen und das Gesamtprojekt zu einem Erfolg für die Region werden zu lassen.



Auch Bundestagsabgeordneter **Edmund Geisen (FDP)** begrüßt die Erteilung der Instrumentenfluggenehmigung. „Ich habe mich selbst mehrfach bei Verteidigungsminister Jung und Verkehrsminister Tiefensee dafür eingesetzt“, sagt Geisen. Eine solch wertvolle Immobilie dürfe man nicht ungenutzt brachliegen lassen. Voraussetzung sei natürlich, dass sich zukunftsorientierte Betriebe ansiedeln. „Der Flugbetrieb muss bürgerfreundlich organisiert werden und das scheint mir auch möglich“, sagt Geisen.



Ulrike Höfken, Bundestagsabgeordnete der Grünen sagt: „Grundsätzlich überrascht mich das nicht. Der springende Punkt wird jetzt sein, welche Herausforderungen wirtschaftlicher Art auf die Träger zukommen.“ Aber es gebe auch ganz praktische Fragen: Wie viele Lotsen muss man dauerhaft vorhalten, wie ist das mit dem militärischen Vorrang? Für die Bevölkerung sei es wichtig, dass auch nächtliche Ruhepausen bleiben. Nicht jede Genehmigung müsse man auch in vollem Umfang ausfüllen.



„Ich nehme das mit Befriedigung zur Kenntnis, weil ich meinen Teil dazu beigetragen habe, eine Lösung zu finden“, sagt **Karl Diller (SPD)**, parlamentarischer Staatssekretär und Bundestagsabgeordneter. Jetzt sei es Sache der Kommunen zu entscheiden, ob sie das Geld in die Hand nehmen oder nicht. Vom Zaun über die Feuerwehr bis zum Fluglotsen müssten Kosten ermittelt werden. „Ich würde nicht raten, schon viel Geld zu investieren, ehe klar ist, dass es Betriebe gibt, die sich dort ansiedeln wollen“, sagt Diller.

aus unserem Archiv vom 29. September 2008

Braucht das Land den Flugplatz Bitburg?

Braucht das Land neben dem Hahn und Zweibrücken noch einen weiteren Flughafen? Mit der Genehmigung des Instrumentenfluges auf dem Verkehrslandeplatz in Bitburg ist die Diskussion darüber erneut entbrannt. Strittig ist, ob es tatsächlich Bedarf für einen weiteren Flughafen im Land gibt.



Bitburg. (wie) Der Bitburger Flughafen sei eine Luftnummer. Der Luftverkehrsexperte Christoph Brützel aus dem nordrhein-westfälischen Meerbusch sieht keine Chance für einen über den bisherigen hinausgehenden Flugbetrieb auf der ehemaligen US Airbase in Bitburg. Den vom Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft, Michael Billen, ins Gespräch gebrachten Industrieflughafen, sieht Brützel als nicht realisierbar. Für Flugzeug-Wartung und Überholung sei sehr viel Fachpersonal notwendig, das sich aber nur rechne, wenn auch entsprechend Aufträge vorhanden seien. Die sieht Brützel jedoch aufgrund starker Konkurrenz für Bitburg nicht. Genauso wenig sieht er eine Chance als Frachtflughafen, allenfalls als Ausweichflughafen für den Flughafen Luxemburg. Auf dem Hahn sieht man derzeit keinen Bedarf mit dem Bitburger Flughafen zu kooperieren.

Es gebe keinen weiteren Bedarf für einen Regionalflughafen in Rheinland-Pfalz, selbst der Flughafen in Zweibrücken sei überflüssig, sagt Brützel, ehemaliger Geschäftsführer der Fluggesellschaft LTU. "Es gibt genug Flughäfen in Deutschland. Wir brauchen keinen mehr", sagt Flugexperte Brützel. Die meisten Regionalflughäfen seien "rausgeschmissenes Geld".

Um aus dem Verkehrslandeplatz in Bitburg einen Flughafen mit regelmäßigem Flugbetrieb zu machen, müsste "jede Menge Geld in die Hand genommen werden". Allein um die bei Instrumentenflug notwendige Besetzung des Towers mit professionellem Personal zu besetzen und um ein Instrumentenflugsystem zu installieren sind nach Einschätzung des Experten rund eine Million Euro notwendig.

Aus Mainz ist keine Unterstützung zu erwarten. Außer den zugesagten 1,2 Millionen Euro für den Ausbau Infrastruktur seien keine weiteren Investitionen geplant, heißt es aus dem Wirtschaftsministerium.

Der Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz hat mit Bescheid vom 12. September 2008 die Genehmigung erteilt, den Verkehrslandeplatz Bitburg zur Durchführung von Flügen nach Instrumentenflugregeln zu nutzen. Gleichzeitig wurde die bisher geltende Tonnagebeschränkung auf Flugzeuge bis 14 to. Gesamtgewicht aufgehoben. Gemäß der Genehmigung kann der Verkehrslandeplatz daher zukünftig auch von größeren Luftfahrzeugen genutzt werden.

Seit dem Jahre 2003 ist der Verkehrslandeplatz Bitburg für den Sichtflugbetrieb mit Flugzeugen bis 14 to. geöffnet. Im Oktober 2005 hatte die Flugplatz Bitburg GmbH den Antrag zur Erteilung einer Änderungsgenehmigung mit der Zulassung von Instrumentenflugbetrieb eingereicht. Ein schwieriger Punkt im Genehmigungsverfahren war die Regelung der Flugverkehrskontrolle unter Berücksichtigung der benachbarten Air Base Spangdahlem. Hier kam es im Sommer 2007 zum Durchbruch, nachdem sich das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und das Bundesministerium der Verteidigung auf eine Lösung verständigt hatten.

Der Aufsichtsratsvorsitzende der Flugplatz Bitburg GmbH, Michael Billen, bezeichnete die nun vorliegende Genehmigung als äußerst wichtigen Schritt auf dem Weg zum Aufbau eines Industrieflugplatzes in Bitburg. Die Möglichkeit, den Flugplatz auch mit Flugzeugen über 14 to. Gesamtgewicht anfliegen zu können, sei eine grundlegende Voraussetzung für die Umsetzung des geplanten Nutzungskonzeptes.

Michael Billen: "Die Genehmigung versetzt uns erstmals in die Lage, wesentliche Bereiche der Luftverkehrswirtschaft gezielt zu akquirieren und auf die Entwicklungsperspektiven am Standort Bitburg hinzuweisen." Hier stehe man erst am Anfang der Entwicklung und brauche für die herausfordernde Aufgabe eine breite Unterstützung, so Billen.

Auf der Grundlage der erteilten Genehmigung würden die Gesellschafter der Flugplatz Bitburg GmbH in den kommenden Monaten über das weitere Vorgehen entscheiden.

Der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Axel Simon zeigte sich erfreut, dass nach den jahrelangen Bemühungen der Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft Flugplatz Bitburg als rein privater Initiative nun mit der Erteilung der Instrumentenfluggenehmigung ein wichtiges weiteres Etappenziel erreicht werden konnte. Hier biete sich für Wirtschaftsunternehmen nun eine Basis, die gute Infrastruktur für den Luftverkehr zur weiteren Entwicklung zu nutzen und den Wirtschaftsstandort Region Trier zu stärken.

aus unserem Archiv vom 05. Oktober 2008

Kämpfer hält sich zurück

Von unserer Redakteurin Dagmar Schommer

Seit die Instrumentenflug-Genehmigung für den Flugplatz Bitburg vorliegt, hat Landrat Roger Graef, einer der großen Vorkämpfer der fliegerischen Nutzung, sich noch nicht dazu geäußert. Nun meldet er sich erstmals zu Wort: nüchtern, sachlich. Von Euphorie keine Spur. Chancen im großen Flugbetrieb sieht Jürgen Backes, VG-Chef Bitburg-Land.

Bitburg. Der Bitburger Flugplatz ist mit einem Namen eng verbunden: dem von Landrat Roger Graef. Er hat sich für die Konversion der ehemaligen US-Air-Base engagiert wie kein anderer. Er ist einen steinigen Weg gegangen, als noch niemand ahnte, das das "Bitburger Modell" zur Erfolgsgeschichte mit Beispielcharakter werden würde.

Neben Industrie, Gewerbe und Freizeit-Einrichtungen war es Graef von Beginn an ein Anliegen, das Areal auch fliegerisch zu nutzen. Daran lag ihm so viel, dass er sich dafür 1995 mit dem damaligen Mainzer Sozialminister Florian Gerster anlegte und riskierte, dass das Europäische Berufsbildungswerk (Euro-BBW) samt 130 Arbeitsplätzen nicht nach Bitburg kommt. Gerster wollte das Euro-BBW nämlich nur unter der Voraussetzung auf dem Flugplatz ansiedeln, dass Bitburg auf die Fliegerei verzichtet. Graef wollte beides - und hatte Erfolg: Das Euro-BBW zog in die Mötscher Straße, und seit Mitte September liegt die Instrumentenflug-Genehmigung vor.

Infrastruktur nutzen, Arbeitsplätze schaffen

Bisher hat sich Graef, der bis 2004 Aufsichtsratsvorsitzender der Flugplatz GmbH war, noch nicht dazu geäußert. Auf TV-Anfrage gibt er zu Protokoll, dass er die Erteilung der Genehmigung begrüße, nachdem darauf über Jahre "mit großen Anstrengungen" hin gearbeitet worden sei. Nun sei es wichtig, dass die Flugplatz Bitburg GmbH luftfahrtaffine Betriebe für den Standort gewinne. Damit werde die Grundlage geschaffen, "in die Umsetzung der erteilten Genehmigung zu investieren und die Betriebsbereitschaft des Platzes für den Instrumentenflugverkehr herzustellen".

Obgleich Scharfbillig, Hüttingen und Gondorf Sturm gegen den großen Flugbetrieb in Bitburg laufen, sieht der Bürgermeister der Verbandsgemeinde (VG) Bitburg-Land, Jürgen Backes, in dem Projekt eine Chance. Zwar kann Backes die Angst vor Fluglärm verstehen: "Aber wir sprechen ja nicht von einem Drehkreuz Frankfurt oder militärischem Fluglärm, wie ihn hier viele kennen." Für Backes geht es um eine wichtige strukturpolitische Entscheidung für die gesamte Region: "Mit der Genehmigung existiert nun die Voraussetzung, die vorhandene Infrastruktur optimal zu nutzen. Gelingt es, flugaffine Firmen anzusiedeln, können qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden."

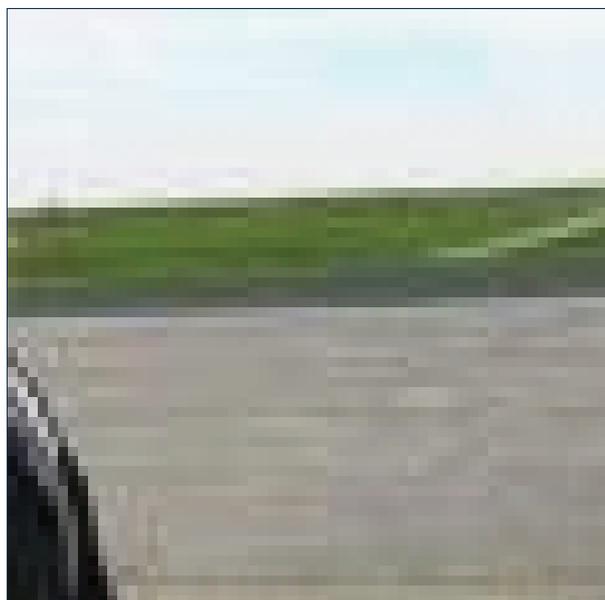
TV-Forum: Am Mittwoch, 8. Oktober, 20 Uhr, diskutieren zum Thema "Flugplatz Bitburg - Fluch oder Segen" Michael Billen (Flugplatz GmbH), Axel Simon (Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft Flugplatz Bitburg), Bernd Spindler (SPD-Kreistagsfraktion) und Peter Berger (Bürger gegen Nachtflug) im Hotel "Eifelbräu" in Bitburg. Der Eintritt ist frei.

© volksfreund.de | Alle Rechte vorbehalten

aus unserem Archiv vom 06. Oktober 2008

Aussteiger und Einsteiger

Die Flugplatz Bitburg GmbH hat das Ziel, den Bitburger Flugplatz zu einem Industrie- und Frachtflughafen auszubauen. Die Instrumentenflug-Genehmigung liegt vor, nun sind die Gesellschafter gefragt, ob und wie sie das Projekt künftig mittragen.



GmbH-Chef Michael Billen verspricht sich viel vom Flugplatz Bitburg. Wie weit ihm die öffentlichen GmbH-Mitglieder folgen, zeigt sich Ende 2008. TV-Foto: Dagmar Schommer

Bitburg. (scho) Die drei Kreise Bernkastel-Wittlich, Trier-Saarburg und Vulkaneifel hatten ihre Mitgliedschaft in der Flugplatz-GmbH gekündigt und vom Vorliegen der Instrumentenflug-Genehmigung abhängig gemacht. Die ist inzwischen da, doch ob und in welchem Umfang sich die Kreise (zusammen rund 40 Prozent der Anteile) weiter an der GmbH beteiligen, entscheidet sich erst in den Kreistags-Sitzungen Ende des Jahres. GmbH-Chef Michael Billen geht davon aus, dass sich an der Gesellschafter-Struktur durchaus noch etwas ändern kann. Er will in Ruhe mit den Kreisen darüber verhandeln.

Bereits jetzt sind zu rund einem Drittel Privat-Investoren beteiligt. Billen: "Das zeigt das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit unseres Projekts und ist was völlig anderes als in Zweibrücken oder Hahn, wo Land und Kommunen viel stärker involviert sind." Neben der Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft Flugplatz Bitburg aus drei regionalen Groß-Unternehmen (26 Prozent), stieg der Trierer Unternehmer Adolf Hess ein und kaufte die Anteile der Industrie- und Handelskammer (2,5 Prozent). "Das ist ein Engagement für die Region", sagt Hess und betont: "Ich glaube fest an den Wirtschafts-Standort Bitburg. So einem Projekt sollte man eine Chance geben. Natürlich erwarte ich auch einen wirtschaftlichen Erfolg."

Als Ende 2007 GmbH-Aussteiger "Stadt Trier" die Anteile von rund 16 Prozent aus "inhaltlich-konzeptionellen und finanziellen Gründen" hinwarf, sprang die Stadt Bitburg ein. Die Ratsmehrheit sah im Industrie-Flughafen-Projekt die Chance auf qualifizierte Arbeitsplätze und eine Weiterentwicklung des Wirtschafts-Standorts Bitburg.

TV-Forum: 8. Oktober, 20 Uhr, "Eifelbräu" Bitburg; Podiumsdiskussion zu "Flugplatz Bitburg - Fluch oder Segen" mit Michael Billen, Axel Simon, Bernd Spindler und Peter Berger.

aus unserem Archiv vom 07. Oktober 2008

Ein Abend, ein Thema, viele Blickwinkel

Von unserer Redakteurin Dagmar Schommer Von Dagmar Schommer

Befürworter treffen auf Gegner, berechnete Hoffnungen auf ebenso berechnete Sorgen und Ängste: Das TV-Forum "Flugplatz Bitburg - Fluch oder Segen" geht der Frage nach, welche Chancen, aber auch welche Risiken, die seit wenigen Wochen vorliegende Genehmigung mit sich bringt, die in Bitburg das Starten und Landen großer Maschinen ermöglicht.



Rund 200 der knapp 500 Hektar Konversions-Gelände zählen zum flugbetrieblichen Teil mit Tower, Landebahn, Rollbahn, Vorfeldern und mehr. TV-Foto: Archiv/Rudolf Höser

Bitburg. Die Idee, den Bitburger Flugplatz zum Industrie- und Frachtflughafen auszubauen, ist umstritten. Während die Befürworter auf qualifizierte Arbeitsplätze sowie Sicherung und Ausbau des Wirtschafts-Standorts Bitburgs setzen, führen die Gegner den Verlust von Lebensqualität durch Fluglärm und die Sorge um Steuergeld-Verschwendung ins Feld. Das Forum "Flugplatz Bitburg - Fluch oder Segen" des Trierischen Volksfreunds bringt Vertreter der unterschiedlichen Positionen an einen Tisch und bietet den Zuhörern die Gelegenheit, den Teilnehmern der Podiumsdiskussion Fragen zu stellen.

"Ich mache gerne beim Forum mit. Als Vertreter der Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft Flugplatz Bitburg gehöre ich mit zu den Ideengebern der ersten Stunde. Seit dem Abzug der Amerikaner machen wir uns für eine fliegerische Nutzung der vorhandenen Infrastruktur stark. Mir geht es darum, deutlich zu machen, was uns damals bewegt hat", sagt Axel Simon, Sprecher der Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft Flugplatz Bitburg.

Einen völlig anderen Standpunkt zum Flugplatz vertritt Bernd Spindler, SPD-Fraktions-Chef im Kreistag. Er forderte zuletzt zusammen mit der Grünen-Fraktion, dass der Eifelkreis Bitburg-Prüm aus der Flugplatz GmbH aussteigt. "Die Rechnung ist bisher nicht aufgegangen. Wir wollen endlich Klarheit, wie die Chancen, die immer wieder transportiert werden, finanziert werden sollen. Es ist an der Zeit, dass konkret gesagt wird, wer die qualifizierten Arbeitsplätze bringen soll und was das finanziell für die Kommunen bedeutet", sagt Spindler. Auch Peter Berger, stellvertretender Vorsitzender des Vereins "Bürger gegen Nachtflug" will sehen, ob die Rechnung mit den qualifizierten Arbeitsplätzen aufgeht: "Nachdem lange genug auf die Genehmigung gewartet wurde, erwarte ich beim Forum klare Aussagen. Jetzt gehört Butter bei die Fische." Die Chance, die Zuhörer zu informieren, sieht Michael Billen, Aufsichtsratsvorsitzender der Flugplatz Bitburg GmbH, im heutigen Forum: "Ich hoffe auf eine sachliche Diskussion. Ich bin davon überzeugt, dass wir, wenn wir alle den gleichen Sachstand haben, gemeinsam über die Zukunft sprechen können."

Meinung

Informationen aus erster Hand

Dass sich bei einem so wichtigen Thema wie der Zukunft des Bitburger Flugplatzes nicht alle einig sind, ist nicht nur normal, sondern auch wünschenswert. Denn im fairen Meinungs austausch haben Befürworter und Gegner der Idee eines Industrie- und Frachtflughafens die Chance, ihre Standpunkte zu klären, auf den Prüfstand zu stellen und weiter zu entwickeln. Zwar lässt sich auch in einer offenen Diskussion nicht jedes Vorurteil aus der Welt räumen und nicht jede Ungereimtheit klären, aber eine Chance ist eine solche Auseinandersetzung allemal. Heute haben Sie beim TV-Forum Gelegenheit, Informationen und Antworten aus erster Hand zu bekommen. Nutzen Sie diese und diskutieren Sie mit. Wir freuen uns. **d.schommer@volksfreund.de EXTRA Flugplatz Bitburg:** knapp 500 Hektar; flugbetrieblicher Teil mit Landebahn, Tower und Rollfeldern: rund 200 Hektar. 1994: Abzug der Amerikaner; Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft Flugplatz Bitburg (EBFB) beantragt Sicht- und Instrumentenflug; 2002: Gründung der Flugplatz GmbH; 2003 Flugbetrieb nach Sichtflugregeln; 2004: Sanierung des Towers; 2005: erneuter Antrag der Instrumentenflug-Genehmigung; 2007: Trier steigt aus der GmbH; Bitburg steigt ein; September 2008: Instrumentenflug-Genehmigung liegt vor. (scho)

© volksfreund.de | Alle Rechte vorbehalten

aus unserem Archiv vom 07. Oktober 2008

Flugplatz als Alleinstellungsmerkmal

Bürgermeister Joachim Streit (FWG) befürchtet, dass die Finanzkrise auch die Eifel-Region erfassen wird. Daher sei es sinnvoll, das Flugplatzgelände in Bitburg als Alleinstellungsmerkmal zu begreifen.

Bitburg. (mr) "Ich glaube nicht an den großen Personenflughafen oder Frachtflughafen Bitburg." Joachim Streit, Bürgermeister der Stadt Bitburg und hoch gehandelter Kandidat als Nachfolger für Landrat Roger Graef (CDU), hat am Dienstag noch einmal zum Thema Flugbetrieb auf der Ex-US-Air-Base Stellung bezogen. Er glaube fest an die Realisierung eines "Nischenflugplatzes", also an eine Werft, eine Werkstatt für Flugzeuge. Streit: "Der Flieger kommt im Januar, wird repariert und gewartet, und fliegt Ostern wieder raus."

"Finanzkrise wird Abschwung auslösen"

Gleichzeitig habe man in Bitburg nun "die Chance für Betriebsansiedlungen global handelnder Firmen, die sich früher Gelände an Bahnstrecken ausgesucht haben und heute an Verkehrslandeplätzen liegen", betonte der Rathauschef gegenüber dem TV. Nach den Worten Streits hätte es also der großen Fluggenehmigung erst gar nicht bedurft.

Auch zum Thema Nachtflug stellte Streit seine Position am Dienstag noch einmal klar. "Ich habe selbst zwölf Jahre in der unmittelbaren Einflugschneise von Bitburg gelebt, deshalb will ich weder hier noch anderswo Nachtflug."

Bitburgs Bürgermeister schlägt derweil auch den Bogen zum aktuellen Welt-Thema Nummer eins: Mit der derzeitigen Finanzkrise werde der Bankenplatz Luxemburg tief abrutschen. Dies treffe dann die Region doppelt. Streit: "Mitarbeiter werden entlassen, und im Abschwung erhalten deutsche Handwerker in Luxemburg keine Aufträge mehr. Eine Katastrophe für die gesamte Region Trier. Unser aller Wohlstand ist gefährdet", betont Joachim Streit und ergänzt:

"Wir können dem entgegen, wenn wir den Alleinstellungs-Charakter der ehemaligen Airbase in Bitburg ausnutzen."

TV-Forum: Heute, 20 Uhr, Hotel "Eifelbräu" Bitburg; Podiumsdiskussion zu "Flugplatz Bitburg - Fluch oder Segen" mit Michael Billen, Axel Simon, Bernd Spindler und Peter Berger.

© volksfreund.de | Alle Rechte vorbehalten

aus unserem Archiv vom 09. Oktober 2008

Der Flugplatz bewegt die Menschen

Von unserer Redakteurin Katharina Hammermann Von Katharina Hammermann

"Flugplatz Bitburg - Fluch oder Segen?": Dies war die große Frage des TV-Forums in Bitburg. Dass es eine Frage ist, die die Menschen der Region brennend interessiert, bewiesen die etwa 250 Zuhörer, die am Mittwochabend den Weg in das Bitburger Hotel "Eifelbräu" fanden.



Bitburg. Jahrelang haben die Befürworter des Bitburger Flugplatzes sehnsüchtig auf die so genannte "Instrumentenfluggenehmigung" gewartet. Vor wenigen Wochen dann war sie plötzlich da. Seitdem steht fest, dass auf der ehemaligen Airbase vor den Toren Bitburgs auch richtig große Flugzeuge starten und landen dürften. Diese Aussicht lässt jedoch, wie sich auch am Mittwochabend beim TV-Forum zeigte, mindestens ebenso viele fürchten wie frohlocken.

Rund 250 Menschen sind ins Hotel "Eifelbräu" gekommen, um zu erfahren, welche Argumente Flugplatz-Befürworter und -Gegner vorbringen, und um selbst mitzudiskutieren. Nachdem die Mikrofone ihren Streik beendet hatten, verfolgten sie gespannt, welche Antworten die vier Podiumsgäste den TV-Redakteuren Dagmar Schommer und Manfred Reuter gaben. Die Positionen der vier könnten unterschiedlicher nicht sein (siehe Extra rechts).

Für jeden Podiumsgast eine unbequeme Frage

Unter ihnen waren zwei Flugplatzgegner: Bernd Spindler, Fraktionssprecher der SPD im Kreistag des Eifelkreises Bitburg-Prüm und Bürgermeister der Verbandsgemeinde Kyllburg, sowie Peter Berger, stellvertretender Vorsitzender des Vereins "Bürger gegen Nachtflug" und parteiloses Mitglied im Stadtrat.

Unter ihnen waren aber auch zwei Männer, die sich bereits seit Jahren für den Flugplatz Bitburg einsetzen: der Aufsichtsratsvorsitzende der Flugplatz Bitburg GmbH, CDU-Landtagsabgeordneter und Bezirks- und Kreisvorsitzender Michael Billen sowie Axel Simon, ehemaliger Geschäftsführer der Bitburger Brauerei und Mitbegründer der Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft Bitburg.

| [1](#) | [2](#) | [3](#) | [>>](#)

© volksfreund.de | Alle Rechte vorbehalten

aus unserem Archiv vom 04. November 2008

Heiner Gillen tritt aus SPD aus

Im Eifelkreis Bitburg-Prüm ist der Wahlkampf bereits acht Monate vor der Landratswahl am 7. Juni 2009 voll ausgebrochen. Weil Joachim Streit (FWG) von der Kreis-SPD trotz seiner positiven Haltung zum Flugplatz Bitburg unterstützt wird, ist nun Heiner Gillen (Bitburg-Stadt) aus der Partei ausgetreten.

(mr/scho) Die Sozialdemokraten der Stadt Bitburg nehmen mit Befremden Kenntnis von der Entscheidung des SPD- Kreisvorstands, Bürgermeister Joachim Streit bei seiner Kandidatur zum Landrat zu unterstützen. Da nun wenige Tage nach dieser Entscheidung der langjährige Ortsvereinschef Heiner Gillen aus der Partei ausgetreten ist, überschlagen sich vor Ort die Ereignisse.

Wie die neue Bitburger SPD-Chefin Sigrid Steffen am Nachmittag mitteilte, waren die Bitburger Genossen davon ausgegangen, dass ein eigener Kandidat aufgestellt würde. "Um so größer ist die Enttäuschung, dass dies nicht der Fall ist." Aufgrund der Erfahrungen, die der SPD-Ortsverein und die Stadtratsfraktion mit dem Bürgermeister in den vergangenen Jahren gemacht hätten, "bezweifeln wir, dass mit Streit ein echter Politikwechsel zu machen ist".

So habe Streit, der vor Jahren noch die Auflösung der Landkreise forderte, auf Kreisebene zum Beispiel in vielen Fragen eng mit der CDU zusammengearbeitet. Auf Stadtebene sei auf Anregungen der SPD in der Regel nicht eingegangen worden. Steffen: "Dazu zählt unter anderem die Stadtentwicklung, die Privatisierung der Baulanderschließung und die fliegerische Nutzung des Bitburger Flugplatzes."

Heiner Gillen sagte, er sei von der Politik Streits schon länger enttäuscht. Der Kreisvorsitzenden Monika Fink warf er gleichzeitig eine "Wendehals-Politik" vor. Im Mai hatte die Landtagsabgeordnete noch das Aufstellen eines eigenen Kandidaten angekündigt. Joachim Streit reagierte auf den Parteiaustritt Gillens gelassen. Für ihn gelte nach wie vor, was der SPD-Vorstand gesagt habe. Dass einzelne Mitglieder dies anders sähen, sei deren gutes Recht.

© volksfreund.de | Alle Rechte vorbehalten

aus unserem Archiv vom 01. Dezember 2008

Flugplatz Bitburg: Trier-Saarburg hält Kündigung aufrecht

Der Kreisausschuss Trier-Saarburg hat in nichtöffentlicher Sitzung dem Kreistag empfohlen, es bei der beschlossenen Kündigung an der Flugplatz Bitburg GmbH zum Jahresende 2008 zu belassen.

(alf) Im Falle der Erteilung einer Instrumentenflug-Genehmigung, die ja bereits erfolgt ist, hatte sich der Kreistag die Option offen gelassen, die Kündigung rückgängig zu machen. Der Kreis hält 18,95 Prozent der Gesellschafteranteile; die Stammeinlage beträgt 72 000 Euro. Endgültig entscheiden wird nun der Kreistag am 15. Dezember.

© volksfreund.de | Alle Rechte vorbehalten

aus unserem Archiv vom 09. Dezember 2008

Entscheidende Wochen für Flugplatz GmbH

Von unserer Redakteurin Dagmar Schommer

Die Kreise Bernkastel-Wittlich, Trier-Saarburg und Vulkaneifel wollen sich aus der Flugplatz GmbH verabschieden. Die Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft Flugplatz Bitburg mbH (EBFB) kann sich nicht vorstellen, frei werdende Anteile zu übernehmen, sondern plant ebenfalls, ihre zu verkaufen.

Bitburg. Diese und kommende Woche wird sich entscheiden, ob es bei den Kündigungen der drei Landkreise bleibt. Alle Zeichen stehen auf Ausstieg. Damit müsste die Flugplatz GmbH neue Gesellschafter für Anteile von rund 42 Prozent (siehe Extra) finden. Unverständlich findet Bitburgs Bürgermeister Joachim Streit das Verhalten der Aussteiger.

"Seit Vorliegen der Instrumenten-Fluggenehmigung ist genau die Bedingung erfüllt, die die Kreise gestellt hatten", sagt Streit und ergänzt: "Es ist schlichtweg unfair und unkollegial, jetzt auszusteigen, wenn der Punkt erreicht ist, auf den alle zugearbeitet haben."

"Es ist unfair, jetzt auszusteigen"

Eben weil nun die große Fluggenehmigung vorliegt, will auch ein weiterer Gesellschafter sich zurückziehen: die Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft Flugplatz Bitburg mbH (EBFB). "Die EBFB ist eine Initiativgesellschaft, die mit Vorliegen der Fluggenehmigung ihren Satzungsauftrag als erfüllt ansieht. Deshalb soll nun die Überleitung auf solche Anteilseigner erfolgen, die ihre Investitionstätigkeit in den Flugplatz durch ein Stimmrecht in der Flugplatz GmbH untermauern wollen", sagt Axel Simon, Sprecher der EBFB.

Deshalb habe die EBFB beschlossen, Gesellschafter aus dem flugaffinen Gewerbe zu akquirieren, die auch einen Gesellschafter-Status anstreben. Zum Ausstieg der Nachbarkreise sagt Simon: "Die haben der GmbH in der Anfangsphase zur Erreichung der Betriebs-Genehmigung wertvolle politische und finanzielle Unterstützung gegeben. Hierfür dürfen wir dankbar sein."

"Möglichkeit zum offenen Austausch fehlte"

| 1 | 2 | >>

© volksfreund.de | Alle Rechte vorbehalten